Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9272**

14. Wahlperiode 05. 06. 2002

Antrag

der Abgeordneten Jörg Tauss, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel (Starnberg), Hans-Werner Bertl, Anni Brandt-Elsweier, Willi Brase, Ulla Burchardt, Dieter Dzewas, Dr. Peter Eckardt, Lothar Fischer (Homburg), Hans Forster, Arne Fuhrmann, Renate Gradistanac, Angelika Graf (Rosenheim), Kerstin Griese, Klaus Hagemann, Christel Humme, Lothar Ibrügger, Ulrich Kasparick, Siegrun Klemmer, Horst Kubatschka, Ernst Küchler, Dr. Uwe Küster, Christine Lehder, Lothar Mark, Dietmar Nietan, Günter Oesinghaus, Manfred Opel, Dr. Edelbert Richter, Christel Riemann-Hanewinckel, René Röspel, Marlene Rupprecht, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Rolf Stöckel, Wieland Sorge, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Hanna Wolf (München), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Christian Simmert, Hans-Josef Fell, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildung ist Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Leitbild: Bildung entscheidet über unsere Zukunft.

Zum Beginn des 21. Jahrhunderts steht unser Land mitten im Wandel von der klassischen Industriegesellschaft zur Wissens- und Bildungsgesellschaft. Neue Herausforderungen liegen im raschen Wissenszuwachs, der weltweiten Verfügbarkeit von Wissen durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, der Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen erfordert eine Politik, die zur nachhaltigen Entwicklung führt und wirtschaftliche, ökologische und soziale Verantwortung miteinander verbindet. Es wird dabei nicht nur darauf ankommen, inhaltliches Basiswissen zu vermitteln, sondern vor allem auch personale und soziale Kompetenzen zu fördern. Dazu gehören Schlüsselqualifikationen wie die Fähigkeit zu ganzheitlichem und vernetztem Denken, kommunikative Kompetenz, die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, Handlungskompetenz, Medienkompetenz, Teamfähigkeit, Toleranz und Verantwortungsbereitschaft.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt daher die Notwendigkeit, die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung als Lernziel und Leitbild einer neuen Lernkultur in alle Bereiche des Bildungssystems zu integrieren.

Die Demokratie ist ohne gut ausgebildete, informierte und damit urteilsfähige Menschen nicht entwicklungsfähig. Die Wirtschaft der Zukunft mit neuen Technologien, einer veränderten Arbeitsorganisation und einem wachsenden Dienstleistungssektor setzt zunehmend Flexibilität und neue Qualifikationen

voraus. Bildung und Wissen erhalten eine immer größere Bedeutung für die individuellen Lebenschancen und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten eines Landes. Wissen und die Kompetenz, Wissen zu erschließen und gezielt zu nutzen, sind die wichtigsten Fähigkeiten, die ein Mensch und eine Gesellschaft heute besitzen können. Diese Fähigkeiten sowie ziel- und wertorientiertes Urteilsvermögen vermitteln dem Einzelnen Orientierung in einer immer komplexeren Welt. Sie sind Voraussetzung für Verständnis und Toleranz, schaffen die Grundlage für gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und bilden eine Voraussetzung für die aktive Gestaltung des wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Wandels.

Eine innovative und zukunftsfähige Bildungspolitik muss sich an diesen Leitvorstellungen ausrichten. Sie hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund und ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft die Bildungsangebote wahrnehmen können, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Chancengleichheit und differenzierte Leistungsförderung sind Voraussetzungen für die Verwirklichung individueller Lebensziele und die verantwortliche Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Schwerpunkte und Leistungen der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat mit klaren Schwerpunkten in den letzten Jahren den Prozess des Neuanfangs der Bildungspolitik auf Bundesebene eingeleitet. Bildungspolitik ist zuförderst Länderaufgabe. Sie ist aber auch eine nationale Aufgabe, deren Bewältigung nicht im Schatten von Zuständigkeitsdebatten vernachlässigt werden darf. Die Bundesregierung hat daher mit erheblichen Anstrengungen die Bildungspolitik der Länder und Kommunen unterstützt und die Fundamente dafür gelegt, dass Innovation und Gestaltung des Wandels in Deutschland nachhaltig möglich werden. Zu nennen sind insbesondere:

– Die Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden trotz enger finanzieller Spielräume und der notwendigen Haushaltskonsolidierung kontinuierlich erhöht und sind in dieser Legislaturperiode um über 21 % auf über 8,8 Mrd. Euro (mehr als 16 Mrd. DM) angewachsen.

– Die Bundesregierung hat mit dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JumP), dass bis Ende 2003 fortgeführt wird, maßgeblich dazu beigetragen, dass zahlreichen jungen Menschen in ausbildungs- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen wieder eine Perspektive aufgezeigt wird.

– Im Bündnis für Arbeit wurde eine Modernisierungsoffensive für die duale Berufsausbildung beschlossen und erfolgreich durchgeführt. Damit wurden insbesondere in Wachstumsbranchen bestehende Ausbildungsberufe modernisiert und neu geschaffen. Auch die Ausbildungsbilanz ist im Jahr 2001 zum zweiten Mal in Folge wieder positiv, d. h. es gibt mehr offene Ausbildungsstellen als Bewerber.

– Mit der Reform des „Meister-BaföG“ hat die Bundesregierung die Aufstiegschancen junger Fachkräfte verbessert und Anreize für mehr Existenzgründung geschaffen.

– Mit der BAföG-Reform ist sichergestellt worden, dass Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen nicht auf ein Studium verzichten müssen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler und Studierenden, die durch BAföG gefördert werden, konnte deutlich um über 80 000 erhöht werden. Durch die Festschreibung der Gebührenfreiheit des Erststudiums im Hochschulrahmengesetz wurde klargestellt, dass auch künftigen Studierenden der Schritt in eine Hochschulausbildung nicht durch Studiengebühren erschwert werden soll.

– Mit der parallelen Einführung der Bildungskredite können Studierende nun in schwierigen Phasen wie Prüfungszeiten, bei der Anschaffung kostenin-

tensiver Lehrmaterialien oder zur Vorbereitung eines Auslandsaufenthalts kurzfristig, elternunabhängig und unbürokratisch Kredite beantragen.

– Mit der Dienstrechtreform an den Hochschulen sind neue Strukturen geschaffen worden, die eine frühere Selbständigkeit und Eigenverantwortung des wissenschaftlichen Nachwuchses und alternative Qualifizierungswege unterstützen. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Modernisierung der Hochschulen bedeuten eine Neuordnung des Qualifizierungsweges des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie ein flexibleres und stärker leistungsorientiertes System für die Besoldung der Professoren.

– Die Internationalisierung der Bildungsstrukturen konnte vorangebracht werden, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung sowie an erster Stelle im Bereich der Hochschulen. Der Anteil ausländischer Studierender sowie auch der Anteil deutscher Schülerinnen und Schüler und Studierender, die Erfahrungen im Ausland sammeln können, wächst beständig. Die Zahl der ausländischen Studierenden ist vom Wintersemester 1997/1998 bis Wintersemester 2000/2001 um 21 % und im vergangenen Jahr nochmals um 15 % auf jetzt ca. 140 000 Studierende gestiegen.

– Die Überführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in das Regelangebot der Hochschulen ist ein weiterer Schritt zur Internationalisierung und zur Verwirklichung des europäischen Hochschulraums.

– Im Bereich der neuen Medien ist es in den letzten drei Jahren gelungen, alle Schulen ans Netz zu bringen. Wir sind damit dem Ziel, die neuen Medien im Unterricht nutzen zu können, deutlich näher gekommen. Damit die technische Ausrüstung auch der Qualität des Unterrichts zugute kommt, wird zusätzlich erstklassige Lehr- und Lernsoftware für Schulen, Hochschulen und Berufsschulen entwickelt.

– Die Einrichtung der Stiftung Bildungstest ist eine Maßnahme zur Qualitätssicherung in der Weiterbildung. Darüber hinaus hat die Bundesregierung den Ländern angeboten, dass auch die Evaluierung von Schulen möglich ist.

– Mit der Einrichtung der Kommission zur Finanzierung des Lebenslangen Lernens wurde ein wichtiger Beitrag geleistet, um die anstehenden Probleme des Bildungssystems unter einer Gesamtperspektive zu analysieren.

Die neue Aufgabenstellung nach PISA

Mit diesen und anderen Maßnahmen sind Grundlagen gelegt worden, die das deutsche Bildungswesen modernisieren werden, mehr Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit hervorbringen und damit auch einen Beitrag zu Wertschöpfung, Beschäftigung und Innovation in unserem Lande leisten werden.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass internationale Vergleichsstudien der OECD wie die so genannte PISA-Studie, aber auch andere Bildungsvergleiche aufzeigen, dass in Deutschland in den letzten Jahrzehnten gravierende Bildungsdefizite entstanden sind. So gibt es in unserem Land einen überproportional hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen, die ungenügende Grundfertigkeiten aufweisen. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen und sozial schwachen Bevölkerungsschichten haben in Deutschland signifikant weniger Chancen als die Kinder und Jugendlichen aus sozial besser gestellten Haushalten. Die Bildungsintegration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen ist nur unzureichend gelungen. Das Leistungsniveau der Kinder und Jugendlichen in Deutschland weist eine besonders große Spanne auf. Der Anteil von jungen Menschen, die ein Hochschulstudium absolvieren und einen Abschluss erwerben ist unterdurchschnittlich im internationalen Vergleich.

Diese gravierenden langfristig entstandenen Defizite, sind in einer gemeinsamen Anstrengung von allen relevanten Kräften in der Gesellschaft und der

Wirtschaft sowie in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen gemeinsam anzugehen.

Grundsätzlich soll den Bildungseinrichtungen ein höheres Maß an Autonomie zugesprochen werden. Dieses können sie nutzen, um in Zusammenarbeit mit dem Lehrenden und Lernenden dringend notwendige innere Reformen des Bildungssystems vorzunehmen.

Die Definition fachübergreifender Bildungsziele und die Sicherstellung der Qualität von Bildung ist dringend erforderlich. Daneben sind flexiblere Übergänge und mehr Kooperation zwischen den unterschiedlichen Schulformen zu schaffen. Es ist beispielsweise inakzeptabel, dass es in unserem Bildungssystem möglich ist, in einem einzelnen Bundesland nach zwölf Jahren Schulbesuch ein Gymnasium ohne Schulabschluss verlassen zu müssen.

Das Forum Bildung und seine Vorschläge

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die Ergebnisse des Forums Bildung, das Anfang 1999 auf Initiative der Bundesregierung als gemeinsame Beratungseinrichtung zur Entwicklung von Perspektiven für die Innovation des Bildungswesens eingerichtet worden ist. Die Ergebnisse des Forums Bildung sind an Bund, Länder und Kommunen gerichtet, und zeigen auf, dass über Partei- und Verbandsgrenzen hinweg, wichtige Weichenstellungen für ein besseres Bildungssystem möglich sind. Der Deutsche Bundestag stellt sich hinter die Empfehlungen des Forums Bildung, das mit seinen zwölf Empfehlungen folgende Schwerpunkte als vordringlich herausstellt:

1. Frühe Förderung
2. Individuelle Förderung
3. Lernen, ein Leben lang
4. Lernen, Verantwortung zu übernehmen
5. Die Lehrenden: Schlüssel für die Bildungsreform
6. Gleiche Teilhabe von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip
7. Kompetenzen für die Zukunft: solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen
8. Chancen der neuen Medien nutzen
9. Ausgrenzung vermeiden und abbauen
10. Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten
11. Lernorte öffnen und verknüpfen
12. Mehr Eigenverantwortung für Bildungseinrichtungen, Lernen aus Evaluationen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien an der Umsetzung dieser Schwerpunkte und Forderungen, die vom Forum Bildung für die Zukunft beschlossen wurden, wie bisher engagiert und zielorientiert mitzuwirken. Bildung und Forschung müssen weiterhin einen Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung darstellen. Der Deutsche Bundestag sieht für die Mitwirkung des Bundes hierbei als besondere Schwerpunkte an:

1. Der Anteil an Ganztagsbetreuung und Ganztagsschulen in Deutschland ist nachhaltig zu steigern. Ziel ist es, in einem gemeinsamen Programm von Bund und Ländern bis zum Jahr 2007 mindestens 10 000 Ganztagsschulen in Deutschland aufzubauen.
2. Der Anteil an Abiturienten und Studienanfängern eines Altersjahrgangs ist deutlich zu erhöhen und auf 40 % anzuheben und damit dem OECD-Durch-

schnitt von 45 % anzunähern. Die Erhöhung des Anteiles von Studienanfängern eines Altersjahrganges in dieser Legislaturperiode von 28 % auf über 32 % ist ein deutlicher Erfolg der Bundesregierung. Die Chancengleichheit gerade für Abiturienten und Studenten aus sozial schwächeren Schichten ist auch über den weiteren Ausbau der Studienförderung zu sichern.

3. Die laufbahn- und besoldungsrechtliche Gleichstellung von Masterabschlüssen ist voranzubringen. Die generelle Unterscheidung zwischen Masterabschlüssen, erworben an einer Universität oder an einer Fachhochschule, ist aufzuheben. Die Arbeitgeber selbst sollen entscheiden, welche Bewerber sie für die Stellenbesetzung bevorzugen.
4. Die Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen ist so auszubauen, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erreichen können, eine Ausbildung und einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Es ist sicherzustellen, das möglichst viele Jugendliche auch eine so genannte zweite Chance erfolgreich nutzen können bzw. besondere Begabungen voll ausschöpfen können.
5. Die Bemühungen, Kinder und Jugendliche aus nach Deutschland zugewanderten Familien so zu fördern, dass sie sprachlich, kulturell und sozial integriert sind, und ihr Bildungspotenzial ihren Fähigkeiten und Begabungen entsprechend entwickeln können, sollten fortgeführt werden.
6. Durch geeignete Maßnahmen sind die notwendigen Reformen vorrangig in den folgenden Bereichen zu unterstützen: eine Verbesserung der Frühförderung und der Bildungsleistung schon im vorschulischen Bereich, die bessere Verzahnung von vorschulischer und schulischer Bildung, von Jugendhilfe und Bildungseinrichtungen, die differenzierte Förderung von Fähigkeiten und Begabungen bei Kindern und Jugendlichen, die Qualitätssicherung der Schulentwicklung, die Aus- und Weiterbildung von Lehr- und Erziehungskräften. Das Angebot der Bundesregierung zur Unterstützung der Länder wird begrüßt.
7. In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung von Bildung sollen alle Kinder und Eltern gleichermaßen gut über die ihnen offen stehenden Möglichkeiten beraten werden. Deshalb fordern wir den Bund, die Länder, die Kommunen und die Bildungseinrichtungen selbst auf, den Aufbau eines Bildungsberatungssystems zu prüfen und gegebenfalls zu entwickeln. Zu einem solchen System gehört zum einen ein transparentes Verfahren der Evaluation von Qualität der Bildungseinrichtungen und zum anderen Beratung über alternative Bildungsverläufe.
8. Es ist eine nationale Bildungsberichterstattung aufzubauen, die die Analyse und die Entwicklungsplanung der verschiedenen Bildungsbereiche, von der außerschulischen Bildung bis zur Schulbildung, Berufsbildung, Hochschulbildung und der Weiterbildung integriert.
9. Die Bildungsforschung in Deutschland ist verstärkt zu fördern, um den langfristigen Prozess der Evaluation und Weiterentwicklung unseres Bildungswesens qualifiziert begleiten zu können. Insbesondere die pädagogische Forschung an den Hochschulen als Grundlage einer verbesserten Lehramtsausbildung muss ausgebaut werden. Um Begabungen und Schwächen erkennen und entsprechend fördern zu können, müssen die diagnostischen Fähigkeiten der Lehrer verbessert werden und ihr Repertoire an Lehrmethoden erweitert werden.

Berlin, den 5. Juni 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333